Danziger Dampfboot.

№ 33. **1867.**

Freitag, den 8. Februar. **38ster Jahrgang.**

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abonnementspreis hier in der Expedition Portechaisengasse Nr. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



Telegraphische Depeschen.

Hamburg, Donnerstag 7. Februar.

Der Hamburger Dampfer „Bavaria“, welcher am 30. v. Mts. nach New-York abgegangen war, ist durch einen Bruch des Steuers an der Fortsetzung der Fahrt verhindert worden und muß zurückkehren. Von Queenstown und Plymouth sind dem Schiffe Schleppdampfer entgegengeschickt worden. An Bord der „Bavaria“ war Alles wohl.

Karlsruhe, Donnerstag 7. Februar.

Der Großherzog konferirte gestern mit dem Minister Fürst Hohenlohe.

München, Donnerstag 7. Februar.

Die „Bayersche Zeitung“ meldet amtlich, dem Friedensvertrage vom 22. August v. J. gemäß, die Aufhebung aller und jeder Abgabenerhebung für die Rheinschifffahrt von Seiten Bayerns vom 1. Januar 1867 ab, nachdem von den übrigen deutschen Uferstaaten des Rheines gleichzeitig dieselbe Maßregel getroffen worden.

— Der Minister-Präsident Fürst Hohenlohe und der Kriegsminister Baron von Pranckh sind von der Minister-Konferenz aus Stuttgart gestern Abend hier wieder eingetroffen.

Wien, Donnerstag 7. Februar.

Die Angaben über Ernennungen eines ungarischen Ministeriums sind verfrüht. Deak trifft heute in Folge einer kaiserlichen Berufung hier ein.

— Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht in ihrem amtlichen Theile das kaiserliche Handschreiben, durch welches dem Staatsminister Grafen v. Belcredi unter Verleihung des Großkreuzes des Stephansordens die nachgesuchte Entlassung bewilligt und Frhr. v. Beust unter gleichzeitiger Uebertragung der einstweiligen Leitung des Staats- und Polizeiministeriums zum Ministerpräsidenten ernannt wird. — Die Eröffnung des Landtages ist durch kaiserliches Patent bis zum 18. Februar vertagt worden.

— Für das transleithanische Ministerium des Innern ist Hr. v. Somsich, für das cisleithanische Hr. v. Kellersperg designirt. Präsident des Reichsministeriums wird Hr. v. Beust, Reichsfinanzminister Frhr. v. Hock. Cisleithanischer Finanzminister wird Beke. Der Justizminister Komers scheidet aus. Mit Gr. Auersperg und Kaisersfeld ist wegen ihres Eintritts in's Kabinet nicht verhandelt.

Triest, Donnerstag 7. Februar.

Levantepost. Athen, 2. Febr. Die Nationalversammlung hat den Antrag der Regierung auf Vermehrung der Streitkräfte zu Lande und zu Wasser angenommen. Der Kriegsminister erklärte in der betreffenden Sitzung, Griechenland rüste, weil große Ereignisse bevorstehen und die Regierung den Frieden aufrecht zu erhalten wünsche. Der Abgeordnete Valaoritis bezeichnete die Erweiterung der Grenzen Griechenlands und die Bildung einer großen hellenischen Nationalität als das einzige Rettungsmittel des Staates.

Landtag.

Haus der Abgeordneten.

67. Sitzung am 7. Februar.

Präsident: v. Forckenbeck.

Am Ministertische: Eine große Anzahl von Regierungs-Kommissarien.

Die Tribünen des Hauses sind sehr spärlich besetzt.

Verschiedene geschäftliche Mittheilungen des Präsidenten eröffnen die Sitzung. — Das Posttaxgesetz ist vom Herrenhause abgeändert worden. Das Haus beschließt Schlußberathung über diese Abänderungen und der Präsident ernennt zum Referenten den Abg. Röpell (Danzig), der noch in der heutigen Sitzung seinen Bericht erstatten soll. — Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist das gestern vom Herrenhause beschlossene und abgeänderte Gesetz, betr. die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Genossenschaften. Der Berichterstatter Abg. Lasker beantragt die Zustimmung zu den vom Herrenhause beschlossenen Abänderungen. Die Session findet dadurch, so schließt der Referent, einen überaus schönen Abschluß, indem ein Gesetzentwurf zur Annahme gelangt, der früher vielfachen Widerspruch des Herrenhauses erlitten. Derselbe hat Zeugniß dafür abgelegt, daß, wo es das Interesse des Landes erfordert, alle Parteien einen Vereinigungspunkt finden. (Bravo.) In der Diskussion erklärt sich auch der Abg. Schulze (Berlin) mit den Vorschlägen des Referenten einverstanden und giebt nur dem Wunsche Worte, daß das Gesetz auch recht bald in den neuen Landestheilen eingeführt werden möge. — Fast einstimmig genehmigt das Haus hierauf den Gesetzentwurf in der vorgeschlagenen Fassung. — Der Präsident theilt mit, daß er auf morgen 11 Uhr eine Plenarsitzung anberaumen werde. — Die Wahl des Abg. Ober-Amtmanns Koppe im 4. Frankfurter Wahlbezirk wird genehmigt. — Abg. v. Waligorski berichtet über die früher beanstandete Wahl der Abgg. v. Brandt und v. Hippel (Gumbinnen). Die Abtheilung beantragt noch keine Entscheidung über die Wahl selbst, sondern: die Staatsregierung aufzufordern, die in den gegen diese Wahl eingegangenen Proteste behaupteten Thatsachen gerichtlich untersuchen zu lassen. — Der Antrag wird ohne Debatte mit großer Majorität genehmigt. — Die Wahlen der Abgg. Kurtius, Sello und Mallmann werden für giltig erklärt. — Der Bericht der Gemeinde-Commission über Petitionen wird hierauf ohne Debatte nach den Anträgen der Commission erledigt. — Es folgt der Bericht der Unterrichts-Commission über Petitionen. Verschiedene Petitionen von Lehrern aus Kulm, Heiligenbeil, Alt-Ruppin, Stuba bei Elbing und Neu-Stettin bitten um Erlaß eines Dotationsgesetzes, eines Pensionsgesetzes für die Lehrer sowie für die Wittwen und Waisen der Lehrer. Die Commission beantragt, diese Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung bei dem Entwurfe des zu erwartenden Dotationsgesetzes zu überweisen. — Der Berichterstatter Dr. Wantrupp rechtfertigt diesen Antrag. Die traurige Lage der Wittwen und Waisen sei der Hauptdruck, der auf dem Elementar-Lehrerstande laste. — Abg. Richter hält den Commissions-Antrag seiner Form nach für unannehmbar. Die Bemerkung des Referenten, daß die Gemeinden nicht gern aus eigenen Mitteln Verbesserungen der Gehälter für Lehrer gewähren, müsse er zurückweisen, im Gegentheil, die Regierung hindere oft derartige Bestrebungen. — Reg.-Kommissar Geh.-Rath Stiehl: Die behaupteten Mängel seien richtig. Viele Elementarlehrer entsprächen oft den Anforderungen nicht. Es sei richtig, daß der Zudrang zu den Lehrerstellen jetzt gering sei, daran sei aber nicht das geringe Gehalt schuld. Die Verhandlungen des Hauses seit dem Jahre 1858 ergäben, daß es die Regierung an dem Bestreben, das Unterrichtsgesetz zu Stande zu bringen, nicht habe fehlen lassen. Dasselbe sei bereits ausgearbeitet, und bis zum Erlaß desselben werde in derselben Weise, wie bisher, mit den Verbesserungen der Lehrergehälter fortgefahren werden. — Abg. Techow hebt hervor, daß es jetzt an der Zeit sei, das ganze Unterrichtswesen durch Gesetz zu regeln. — Nach geschlossener Debatte genehmigt das Haus einen Antrag des Abg. Richter auf Ueberweisung der Petitionen an die Regierung mit dem Ersuchen, an die Staatsregierung um Erlaß eines Gesetzes, in welchem über das Einkommen der Lehrer, über die Pensionirung u. s. w. Bestimmungen getroffen werden, durch welche der großen Noth abgeholfen werde. — In der folgenden Petition beantragt der frühere Abg. Dr. Metzig aus Polnisch-Lissa die Errichtung einer Universität für die polnischen Unterthanen. Die Commission beantragt Uebergang zur Tagesordnung, gleichzeitig aber die Erwartung auszusprechen, die königl. Regierung werde in Erwägung ziehen, auf welche Weise und in welchem Umfange dem langgehegten Wunsche nach einer Landes-Universität im Großherzogthum Posen derartig entsprochen werden könne, damit den Anforderungen der Bevölkerung dieses Landestheiles genügt werde. — Heym befürwortet v. Vincke's Antrag auf einfache Tagesordnung und preist in seiner Rede die deutsche Sprache und Wissenschaften. Michelis (Allenstein) wünscht die Wahrung der polnischen Nationalität. Einfache Tages-Ordnung wird abgelehnt. Der Kommissionsantrag wird angenommen. Morgen findet eine Sitzung statt.

Herrenhaus.

In der heutigen (27.) Sitzung des Herrenhauses waren am Ministertisch: Minister Graf zur Lippe, Graf Itzenplitz und drei Regierungs-Kommissare. — Präsident Graf Stolberg-Wernigerode eröffnete die Sitzung 12 Uhr 20 Min. Als Schriftführer fungirten die in Folge der Abwesenheit mehrerer Mitglieder des Schriftführeramtes neu gewählten Herren v. Rochow-Plessow und Graf Solms-Sonnenwalde. Die Tagesordnung führte zur Berathung über den Gesetzentwurf, betreffend die Vermehrung der Betriebsmittel der Staatsbahnen 2c., respective die Beschaffung der Mittel im Betrage von 24 Millionen Thaler durch eine Anleihe. Die Kommission beantragte Annahme der jüngsten Beschlüsse des Abgeordnetenhauses. Der Berichterstatter Hr. Elwanger vertheidigte diesen Vorschlag. Hr. v. Kleist-Retzow ist im Ganzen mit demselben einverstanden, bedauerte jedoch, daß noch immer eine gewisse Beschränkung vorhanden sei. — Der Herr Handelsminister empfiehlt gleichfalls den Beschluß des Abgeordnetenhauses. Nachdem dasselbe auch noch von Hrn. v. Below geschehen, wurde das Gesetz mit großer Majorität angenommen.

Es folgte der Entwurf eines Gesetzes über den Gewerbebetrieb der Versicherungs-Agenten. Berichterstatter war Herr Hasselbach. Die Kommission beantragte: „Das Herrenhaus wolle beschließen, dem Gesetz-Entwurfe, betreffend den Gewerbebetrieb der Versicherungs-Agenten, zwar nicht zuzustimmen, wohl aber die Erwartung auszusprechen, daß die Königliche Staats-Regierung möglichst bald selbst einen Gesetz-Entwurf vorlege, welcher die Befugnisse der Beamten und Agenten der Versicherungs-Gesellschaften, auch außerhalb ihres Wohnortes Versicherungen aufsuchen zu dürfen, regelt“.

An der Debatte betheiligten sich die Herren v. Meding, Graf Brühl, von Senden und der Herr Handels-Minister. Letzterer konstatirte, daß ein Bedürfniß für das Gesetz nicht vorhanden sei und auch der Kommissions-Antrag nur relativ annehmbar erscheine. Eine Revision der Gewerbe-Ordnung sei ohnehin schon im Werke und dabei werde auch dieser Gegenstand seine Erledigung finden. Schließlich wurde bei der Abstimmung das Gesetz einstimmig abgelehnt, auch die Resolution verworfen. Schluß 1¾ Uhr. Nächste Sitzung unbestimmt.

Politische Rundschau.

Es will manchen Leuten, die sich einmal in den Kopf gesetzt hatten, daß der Krieg, welcher vor Wien ein so schnelles Ende fand, in diesem Jahre auf einem anderen Schauplatz wiederholt zum Ausbruch kommen würde, durchaus nicht einleuchten, daß ein triftiger Grund zu einer Fortsetzung des Kampfes nirgend vorhanden ist, und solcher hartnäckigen Unglückspropheten giebt es namentlich in England nicht wenige. Von Interesse ist daher, daß die Londoner „Times“, der eine gesunde Anschauung der Verhältnisse fast immer nachgerühmt werden kann, diesen Gedanken eine „fixe Idee“ nennt und die vollständige Grundlosigkeit der Kriegsbefürchtungen nachzuweisen sucht. Wir haben die gleiche Meinung schon zu Neujahr geäußert und werden darin auch nicht beirrt durch Thatsachen wie die, daß die französische Regierung in den deutschen Westprovinzen sehr bedeutende Haferankäufe macht, obgleich rheinische Blätter, welche von diesen Ankäufen Nachricht geben, denselben große Wichtigkeit beilegen.

Gegenüber der Behauptung, Baiern suche nur deshalb eine Verständigung mit dem norddeutschen Bunde herbeizuführen, weil es zur Zeit der Friedensverhandlungen von den französischen Compensationsforderungen, in denen auch Rheinbaiern einbegriffen sein sollte, Kenntniß erhalten hatte, betont die „N. A. Z.“ in einer scheinbar officiösen Notiz auf das Bestimmteste, daß Compensationsforderungen von Seiten

Frankreichs niemals gestellt worden seien. Ebenso erklärt das officiöse Blatt die Nachrichten von Verhandlungen über eine Militär-Convention mit Hessen für unbegründet; die gepflogenen Verhandlungen betreffen nur die militärische Stellung der Provinz Oberhessen zum norddeutschen Bunde.

Die Konferenzen der südstaatlichen Minister in Stuttgart nehmen einen befriedigenden Fortgang. Die Sitzung am Montag nahm volle sechs Stunden in Anspruch, woraus man im Publikum auf Differenzen schließen wollte, die sich in Folge der im preußenfreundlichen Sinne vorgeschrittenen Haltung Badens ergeben hätten; doch scheint ein erwünschtes Resultat erfolgt zu sein, denn die Schlußsitzung fand am Dienstag, die Abreise der Minister am Mittwoch statt. Hatte Fürst Hohenlohe wirklich die ihm untergelegte Absicht, eine österreichische oder französische Politik der Südstaaten unmöglich zu machen, — und nichts berechtigt zu einem Zweifel daran — so dürfte der Zweck vollständig erreicht sein. Die Konferenzmitglieder wunderten sich nicht wenig über die plötzliche Umstimmung des schwäbischen Hofes zu Gunsten Preußens, allein mit Unrecht, wie wir meinen, denn was thut der Mensch nicht, wenn ihm das Messer an der Kehle sitzt.

Manche Blätter sprechen die Ansicht aus, daß die Abgeordneten Bayerns, Badens und Hessens ihren Regierungen zur Verwirklichung des Hohenlohe'schen Programms beistimmen werden; von denen Württembergs hält man es für zweifelhaft. Eingeweihte behaupteten dagegen, daß sich diese Befürchtung als unbegründet erweisen werde, sobald die württembergische Regierung nur in Wahrheit die genannte Politik ergreifen würde, da die Zahl der Deutschgesinnten im Volke und der seiner Vertreter beständig im Zunehmen sei.

In dem Finanzetat für das ehemalige Kurfürstenthum Hessen steht an der Spitze der Ausgaben der volle Betrag der Civilliste des Kurfürsten mit 300,000 Thalern. Wie der „Staatsanz." hinzufügt, ist dies die auf Lebenszeit dem Kurfürsten zu leistende Abfindungssumme für seine Hoheitsrechte. Da demselben außerdem noch ca. 350,000 Thlr. Einkünfte aus dem Hausfideikommißvermögen bleiben, so ist man in Kurhessen nicht sehr erbaut von dieser Abfindungsrente. Es herrscht überhaupt eine große Angst vor Erhöhung der Steuern in jenem Lande.

Am 3. c. verließen circa 120 Reconvalescenten, sächsische Soldaten, Wien, um in die Heimath zurückzukehren. Die „Presse" entblödet sich nicht, diesen wahrlich bis in den Tod getreuen Bundesgenossen von 1866 — „Nachzügler", wie sie dieselben nennt! — noch einen empörenden, moralischen Fußtritt mit auf den Weg zu geben, indem sie schreibt: „Heute Morgens 8 Uhr marschirten dieselben, 120 an der Zahl, von einer Anzahl Freunde begleitet, nach dem Bahnhofe, wo sie auch von anderen Anwesenden mit Cigarren und andern diversen Kleinigkeiten beschenkt wurden, trotzdem die zärtlichen Reminiscenzen an die treuen Bundesgenossen, von denen jetzt viele den directen Anschluß an das „mächtige Preußen" zu versäumen fürchten, wohl so ziemlich wieder verblaßt sind." — Vielleicht trägt solcher, ächt österreichische Cynismus dazu bei, gewissen Dresdenerischen Kreisen die Augen darüber zu öffnen, wie man an Ort und Stelle über ihre speichelleckerischen Sympathien denkt.

Die Stimmung der slavischen Provinzen Oesterreichs gegen die Regierung wird als sehr ungünstig geschildert; man wirft derselben vor, daß sie entschieden in ungarischem Fahrwasser segele und den eigentlich österreichischen Standpunkt aus den Augen verliere. Besonders befürchteten die Czechen, daß sich aus dem außerordentlichen Reichsrathe zuletzt doch ein Körper mit entscheidender Beschlußfassung in Betreff der Constituirung der cisleithanischen Länder entwickeln werde, namentlich, da der Siebenundsechsziger Ausschuß zu Pesth die dualistische Richtung mit Eifer verfolgt. Die czechischen Blätter haben schon gedroht, daß die „Nation" nicht mitgehen werde, wenn die letzte Entscheidung im Sinne der von dem obengenannten Ausschusse gefaßten Beschlüsse ausfallen sollte.

Dem „Etendard" wird aus Berlin telegraphirt, daß zwischen Preußen und Oesterreich eine Annäherung sowohl in Bezug auf die deutsche als auf die orientalische Frage erfolgt sei. Auch aus anderer Quelle erfährt man, daß Graf Bismarck und Hr. v. Beust einer Verständigung über die im Orient einzunehmende Haltung nahe seien.

Im Schooße der Regierung zu Konstantinopel bekämpfen sich, wie man sagt, zwei Parteien unausgesetzt und auf das Heftigste. Die eine will sofortigen Krieg mit Griechenland, die andere, vergleichsweise die Friedenspartei, sucht die Kriegserklärung so lange wie möglich zurückzuhalten, überzeugt, daß dieselbe die Losung für die vollständige Entfesselung der orientalischen Frage sein werde, und daß der Krieg, der sich dann entspinnt, über die Existenz der europäischen Türkei entscheiden wird. Die letztere, besonnenere Partei stützt sich auf den französischen Gesandten. Es ist übrigens wahrscheinlich, daß diese Partei, obgleich sie eigentlich den Sultan selbst gegen sich hat, den Sieg davonträgt. Inzwischen scheint aber auch der Vicekönig von Egypten etwas im Schilde zu führen. Man spricht von vertraulichen Anfragen, die er an mehrere Höfe gerichtet habe, des Sinnes: Wie diese über ein selbstständiges Egypten denken?

Wenn man Alles, was bisher über die Anklage gegen den Präsidenten Johnson laut geworden ist, zusammenhält, so geht daraus hervor, daß die Amerikaner selbst noch nicht wissen, wie sich die Sache gestalten wird. Thatsache ist es, daß der Ausschuß des Repräsentantenhauses, welchem die Anklage vorliegt, aus eifrigen Republikanern, also Gegnern des Präsidenten besteht, doch hält man um so mehr es für zweifelhaft, daß ein förmlicher Anklagebeschluß aus den Berathungen des Ausschusses hervorgehen wird, als die öffentliche Meinung, selbst im Norden, sich damit nicht einverstanden zeigt.

General Dix, der nordamerikanische Gesandte in Paris, ist, wie gemeldet wird, im Besitze von Nachrichten, welche die Einnahme der Hauptstadt Mexiko durch Juarez in nahe Aussicht stellen, so daß den abziehenden Franzosen, wollen sie nicht einen neuen Feldzug beginnen, nichts übrig bleibt, als mit Juarez eine Uebereinkunft zu treffen, um ihre Rückkehr ungestört bewerkstelligen zu können.

— Unser König empfing gestern den Grafen von Flandern und machte sodann bei ihm seinen Gegenbesuch. Nachmittags fand im Palais ein Ehrendiner statt. Hierauf ertheilte der König dem Gesandten Barral im Beisein des Grafen Bismarck eine Abschieds-Audienz.

— Die „N. A. Z." meldet offiziös: Die norddeutsche Kriegs- und Handelsflotte werden Bundesangelegenheit sein.

— Die „N. A. Z." meint, die von den Führern der Fortschrittspartei bei der gegenwärtigen Wahlbewegung in Aussicht gestellte Verminderung der Präsenzzeit des stehenden Heeres auf zwei Jahre habe gar keine Aussicht, in Erfüllung zu gehen. Diejenige Erleichterung der Militärpflicht, welche mit Rücksicht auf die Machtstellung und die Existenz des preußischen Staates zulässig ist, sei von der Regierung in der Weise geboten, daß den älteren Jahrgängen die Dienstpflicht allmälig abgenommen und sie in dieser Weise auf die Schultern der Unverheiratheten gelegt wird. Diese Erleichterung verdankt man der Regierung, nicht der Fortschrittspartei.

— Die Arbeiten im Abgeordnetenhause, wo nun doch das norddeutsche Parlament tagen soll, werden unmittelbar nach Schluß der Session in Angriff genommen. Es handelt sich um die Herstellung eines besonderen Bureauraums für den Reichstag, da die vorhandenen Räume dem Abgeordnetenhause verbleiben müssen, schon weil sie mit Acten angefüllt sind. Die Kosten für den Reichstag tragen selbstverständlich sämmtliche Bundesregierungen im Verhältniß zur Zahl der Mitglieder, die ihre Staaten stellen.

— Die Erbauung eines neuen Gefängnisses in Berlin wird immer dringender. Die Stadtvoigtei ist jetzt wieder so überfüllt, daß Injurienstrafen, soweit sie in Gefängniß bestehen, nicht vollstreckt werden können.

— In Betreff der gemeldeten Anstellung einer Anzahl neuer Beamten in der Provinz Hannover wird offiziell bemerkt, daß dieselbe noch keine definitive ist, sondern daß es sich dabei vorläufig nur um kommissarische Wahrnehmung der Funktionen handelt, welche die zur Disposition gestellten früheren Inhaber dieser Aemter zu versehen hatten. Die definitive Besetzung dieser Aemter kann erst nach erfolgter definitiver Organisation des ganzen Verwaltungswesens in den neuerworbenen Provinzen erfolgen.

— Wie es heißt, werden in Hannover und Kassel neue Kriegsschulen und in Plön (Holstein) und Rotenburg (Kurhessen) neue Kadettenhäuser errichtet werden.

— In einer Versammlung zu Bleicherode brach ein Sturm des Unwillens aus, als ein Pastor Großrau u. A. sagte: „Unser König habe das Parlament berufen aus freien Stücken, obwohl er nach den großen Siegen die Abgeordneten nach Spandau hätte schicken können, wenn er gewollt."

— Die sächsische Regierung läßt auch gedruckte Wahlzettel als giltig zu. Doch müssen dieselben gestempelt sein. (Wozu?)

— Eine vielleicht noch nie dagewesene Art literarischen Einbruchs ist in der Druckerei des Mannheimer Journals vorgekommen; die Strauchdiebe — Leute, wie der Beschädigte vermuthet, von kundiger Hand — stahlen nichts, sondern zerstörten nur den auf den andern Tag vorbereiteten Satz, so daß das Blatt erst Nachmittags erscheinen konnte.

— Die Unruhen zu Marchienne scheinen glücklich zu Ende zu sein. Am Montag gegen Abend fand nochmals eine Zusammenrottung statt, die aber durch eine Charge der Cavallerie zerstreut wurde. Man fürchtet, daß die Arbeiter der Kohlengruben, welche dem Aufruhr hauptsächlich seinen schlimmen Charakter gegeben haben, etwa nochmals Unordnungen erregen möchten, und hat deshalb noch mehr Truppen herangezogen. In den Eisenwerken hat die Arbeit wieder begonnen.

— Die Unruhen in Turin haben sich ebenfalls gelegt. Gegen 100 Personen sind verhaftet worden, und Patrouillen von Linientruppen und Nationalgardisten durchziehen die Stadt.

— Außer in Turin sollen auch in den Grenzbezirken von Venetien Brotkravalle vorgekommen sein. Die Bauern sammelten sich vor den Amtshäusern, und es entspannen sich Prügeleien, wobei es mehrere Verwundete gab.

— Aus Rom wird berichtet: Der Cardinal-Staatssecretär Antonelli ist wiederum bedenklich erkrankt; die Gicht hat ihn ganz gebrochen; die Aerzte haben wenig Hoffnung für seine Herstellung. Es giebt einen bekannten Aberglauben in der Stadt, welcher sagt, daß immer drei Cardinäle nacheinander sterben müssen. Im vergangenen Jahr wurde dies Wort wahr; und in diesem Jahre starben bereits zwei. Der Papst ist rüstig und wohl. Man sieht ihn oft zu Fuß in den Straßen. Doch soll er häufig von seinem Tode reden und ihn für das Jahr 1868 prophezeit haben. Nach heftigen Regengüssen ist jetzt sonniges Frühlingswetter eingetreten. Die Campagna lacht im Grün, und der Mandelbaum hat sich mit Blüthen bedeckt.

— Berichte aus Madrid melden, daß man am 1. Februar drei Personen hingerichtet hat. Eine vierte, die deren Schicksal theilen sollte, entging der „Strafe" dadurch, daß sie sich im Gefängnisse entleibte. Das Kriegsgericht hatte diese vier Personen zum Tode verurtheilt, weil sie Gensd'armen Widerstand geleistet hatten.

— Sever Efendi, ehemaliger Geschäftsträger in Petersburg, ist, mit den umfassendsten Vollmachten ausgestattet, vom Sultan nach Kreta geschickt, um zu sehen, woran es liegt, daß die Waffen dort immer noch nicht ruhen. Er ist ermächtigt, „den Kretern alle mit der Souveränetät der Pforte verträglichen Zugeständnisse zu machen", was freilich Mustapha Pascha auch schon gethan hat, ohne daß es etwas geholfen hätte.

— Das Budget Schwedens schließt mit einem Deficit von wahrscheinlich 4 Millionen Riksdalern. Die Regierung proponirt dem Reichstage deshalb 1) während zweier Jahre eine Erhöhung der directen Auflage, 2) die Eingangszölle auf Zucker, Kaffee, Tabak, Spiritus und Branntwein und eben so die Steuer auf inländischen Branntwein zu erhöhen. Die Regierung will zur Verminderung der Ausgaben langsamer mit der Vollendung des Eisenbahnnetzes vorgehen und hauptsächlich die Kräfte auf den Bau der schwedisch-norwegischen Verbindungsbahn concentriren. Wenn die Kammern die Fonds bewilligen, so soll diese Bahn 1870 vollendet sein.

— Auf dem Mississippi ist wieder ein Dampfer gesunken; 60 Menschen kamen dabei um.

Locales und Provinzielles.

Danzig, 8. Februar.

— Das Kriegs-Ministerium hat, da das Erscheinen der Novelle zu dem Invaliden-Gesetze vom 6. Juli 1865 baldigst bevorsteht, den Regierungen angezeigt, daß, da auf Grund jenes Gesetzes künftighin auch die Wittwen der im Kriege beschädigten oder erkrankten und in Folge davon bis zum Tage der Demobilmachung verstorbenen Militärpersonen vom Feldwebel abwärts zu Staats-Unterstützungen gelangen werden, die unterstützungsberechtigten Wittwen dieser Kategorie schon jetzt verzeichnet werden sollen, damit, wenn das Gesetz erscheint, die Vorarbeiten schon möglichst weit gediehen seien.

— Die Paragraphen des Strafgesetzbuchs, auf welche bei den Vorbereitungen zur Reichstagswahl zu achten Noth thut, sind folgende: §. 84. Wer auf die im §. 83. angegebene Weise (nämlich durch Gewalt oder durch Bedrohung mit der Verübung eines

Verbrechens oder Vergehens) Staatsangehörige verhindert oder zu verhindern versucht, in Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte zu wählen oder zu stimmen, soll mit Gefängniß nicht unter Einem Jahre bestraft werden. §. 85. Wer, mit der Sammlung der Wahl- oder Stimmzettel oder Zeichen beauftragt, vorsätzlich die rechtmäßige Zahl derselben vermehrt oder vermindert, oder einen Zettel oder ein Zeichen verfälscht oder vertauscht, oder auf die Zettel derjenigen Personen, die nicht schreiben können, andere als die angegebenen Namen schreibt, ingleichen wer bei einer Wahlhandlung mit der Führung des Protocolls beauftragt, andere als die angegebenen Namen niederschreibt, wird mit Gefängniß von Einem bis zu Drei Jahren bestraft. War der Thäter nicht mit der Sammlung der Zettel oder Zeichen oder mit einer andern Verrichtung bei dem Wahlgeschäfte beauftragt, so ist die Strafe Gefängniß von drei Monaten bis zu zwei Jahren. In beiden Fällen ist zugleich auf zeitige Untersagung der Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte zu erkennen. §. 86. Wer eine Wahlstimme kauft und verkauft, wird mit Gefängniß von drei Monaten bis zu zwei Jahren bestraft; auch kann gegen denselben auf zeitige Untersagung der Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. §. 212. Wer einen Andern zu einer Handlung oder Unterlassung dadurch zwingt, oder zu zwingen versucht, daß er denselben schriftlich oder mündlich mit der Verübung eines Verbrechens oder Vergehens bedroht, hat Gefängniß bis zu einem Jahre verwirkt.

— Der Preußische Volksverein hielt gestern Abend eine stark besuchte Generalversammlung im Selonkeschen Etablissement ab, welcher Herr Prediger Karmann präsidirte. Herr Reg.-Rath Dr. Wantrup war nicht erschienen, weil er mit einem Referat über Schulangelegenheiten für das Abgeordnetenhaus betraut worden, welches ihn stark in Anspruch nimmt. Der Vorsitzende wies auf die Wichtigkeit des Reichstages bezüglich der Einigung Deutschlands hin und glaubt der conservativen Partei den auf der Wahlliste stehenden Kandidaten Herrn Justizrath Martens aus voller Ueberzeugung als den Mann empfehlen zu können, welcher nicht allein die Interessen unserer Stadt, sondern auch die unseres Vaterlandes und ganz Deutschlands zu vertreten verstehe. Redner rekapitulirte die Geschichte Preußens und verweilte bei den Großthaten unserer Monarchen vom großen Kurfürsten beginnend. Redner ermahnte, stets demüthig zu bleiben bei allen Errungenschaften und großen Siegen, damit nicht eine Ueberhebung wie im Jahre 1806 eintrete und zu unserm Verfalle führe, denn Gottes Gnade bleibe nur bei den Demüthigen. — Herr Schlossermeister Teichgräber empfiehlt gleichfalls die Wahl des Herrn Justizrath Martens als eines Mannes, der ein preußisch-deutsches Herz besitze und schon im Frankfurter Parlament seine Unerschrockenheit und Vaterlandsliebe bekundet habe. Redner weist auf die schlechte Logik in der nec temere nec timide-Partei während aller Verfassungsfragen und Staatsereignisse der letzten Jahre hin und bezeichnet die Spaltung der Fortschrittspartei als in eine Fraktion nec temere und eine nec timide. Die letztere habe sich einen Kandidaten aus der Sandwüste importirt, der sich neulich das Vergnügen gemacht habe, seine Wähler eine Stunde lang im Schützenhause zu amüsiren. Die Conservativen hätten aber soviel Point d'honneur, einen Mitbürger zu wählen und nicht sich einen solchen zu importiren. Wenngleich Herr Justizrath Martens kein Mann ihrer Farbe sei, so besäßen sie doch soviel Selbstverleugnung um des Gemeinwohls willen, davon abzusehen. Diese Selbstverleugnung hätten aber auch alle Danziger theilen müssen, dann stände es gut um die Stadt. — Herr Kreissecretair Manke theilt mit, daß ihm der Kandidat der polnischen Fraktion des Landkreises, Herr Propst Popielski aus Gr.-Trampken, die Zusage gemacht habe, daß er die auf ihn fallenden Stimmen der conservativen Partei überweisen würde, da er bei der Wahl doch nicht reussiren werde und deshalb die Wahl des Herrn Ober-Reg.-Rath v. Auerswald unterstützen wolle. — Herr Polizei-Rath Kluge ersucht Herrn Teichgräber um die Erklärung, ob er bezüglich der politischen Parteifärbung des Herrn Justizrath Martens etwa dessen Persönlichkeit habe bemängeln wollen. Herr Teichgräber giebt die Versicherung seiner vollen Hochachtung in diesem Punkte, und der Vorsitzende schließt die Versammlung, nachdem er mit einigen Worten die Differenz beigelegt hatte.

— Gestern Abend waren auch die Vertrauensmänner der nationalen Partei zu einer Besprechung im Schützenhause versammelt, und hatten sich denselben noch viele Mitglieder dieser Fraktion angeschlossen. Da Hr. Th. Bischoff geschäftlich behindert war, eröffnete Herr Rickert die Sitzung mit der Offenlegung der organisatorischen Thätigkeit in den Wahlbezirken bezüglich der Durchsetzung der Wahl des Abgeordneten Twesten. Die Wahlzettel anlangend, wurde bemerkt, daß die Herstellung derselben durch Druck nicht rathsam sei, indem das Papier zu stark angegriffen würde und leicht der Einwand erhoben werden könne, die Rückseite sei durchscheinend. Es empfehle sich daher die Lithographie für dieselben auf weißem Papier. Zum nächsten Sonnabend würden die Wahlzettel in dieser Form von Herrn Lorenz zur Ablieferung gelangen und demnächst nebst den dazu gehörigen Flugblättern in die Hände der Vertrauensmänner kommen. Der Vorsitzende erwähnt der in der letzten Arbeiterversammlung der Gegenpartei vorgekommenen vagen Redensarten über Wortbrüchigkeit u. s. w., welche mit Recht darauf schließen lassen, daß in einzelnen Volksklassen es noch an der politischen Reife fehle, indem man sich gegen Männer, die längst die volle Achtung der ganzen Nation besitzen, unparlamentarischer Ausdrücke bedient habe. Auch Berlin habe ein schlagendes Beispiel davon geliefert, indem dort in einem Bezirk dem ächten Volksmann Schulze-Delitsch noch ein Gegenkandidat erwachsen sei. Wenn einem Manne, von dem die ganze Welt mit Achtung spricht, in einer Stadt, in der seine Wiege gestanden, das Vertrauen entzogen werde, dann müsse der Grund hiervon tiefer liegen. Dieser Grund sei aber darin zu suchen, daß die einzelnen Volksklassen abgesondert Politik treiben. Viele seien der Meinung, daß es genug sei, in ihren Kreisen zu wirken; das sei aber nicht richtig gedacht, da in einem konstitutionellen Staate gar keine Standesunterschiede bezüglich der Politik existiren dürfen. Diese Schranken innerhalb der Berufsklassen müssen durchbrochen werden und ein Jeder für das Gemeinwohl wirken. In unserer Stadt mangele es vorzugsweise an diesem Gemeinsinn, und der könne nur gehoben werden durch rege politische Diskussionen. Diese zu fördern, müssen Lokale geschaffen werden, in denen die arbeitende Klasse sich heimisch fühle. Die Sache sei so anzufangen, daß man aus freiwilligen Beiträgen ein Vereinshaus gründe mit Unterrichtszimmern und einer Volksbibliothek. In Berlin bestehe ein solches Gebäude und in der Schweiz könne man dergleichen dutzendweise vorfinden. Die Gründungsmittel könne man durch öffentliche Vorträge historischen und gewerblichen Inhalts gewinnen. Die Nothwendigkeit solcher Volksbildungs-Anstalten leuchten Jedermann ein, denn die politische Bildung ist die Vorbedingung zum richtigen Gebrauch des allgemeinen Wahlrechts. Auf die Frage: ob Jemand noch hierüber das Wort ergreifen wolle? meldet sich Hr. Schiffszimmergeselle Koch und bestätigt die Ansichten des Vorredners mit dem Hinzufügen, daß er seinerseits bereits dahin gewirkt habe, daß die Durchführung des Projektes einen guten Erfolg bezüglich der Betheiligung des Arbeiterstandes verspreche. — Hr. Sielaff bittet, diese Frage bis nach vollzogener Wahl zu vertagen. — Hr. Rickert ersucht nunmehr zum Schluß die Vertrauensmänner, eifrig in ihren Bezirken zu wirken, damit die Wahl Twestens gesichert werde, und bittet zur nächsten allgemeinen Versammlung um zahlreiche Betheiligung und um schleunige Verbreitung der Flugblätter.

— Das Eis auf der Weichsel ist seit gestern Nachmittag in vollem Gange, und gewährt dieses Schauspiel einen imposanten Anblick. Stellenweise thürmt es sich Berghoch auf und schiebt sich nach unten zu fest auf den Grund. Seit mehreren Tagen haben umfangreiche Eissprengungen stattgefunden, welche von Neufähr aufwärts bis Palschau fortgesetzt werden sollen, um dem Strom in der Mitte der Eisdecke eine Rinne frei zu legen. Der Herr Regierungs-Präsident wohnte gestern den Eissprengungen persönlich bei.

— [Weichsel-Trajekt vom 7. Februar.] Bei Terespol-Culm unterbrochen, starker Eisgang; bei Warlubien-Graudenz unterbrochen; bei Czerwinsk-Marienwerder unterbrochen, starker Eisgang.

— Am 5. d. M., Morgens, hätten bei einer Fahrt per Wagen von Danzig nach Neuendorf leicht 7 Personen ihren Tod finden können. Während der Wagen, worin sich 6 Personen, unter ihnen der Seelootse Alex. Schmidt von Neufahrwasser, sich befanden, auf dem Damme neben dem Flüßchen Rosczwoicke unter Leitung eines Knechtes dahinrollte, brach plötzlich der Zugnagel, an dem die Pferde befestigt waren und ihre Ziehkraft auszuwirken hatten, wodurch der Wagen einen heftigen Stoß erhielt und der Kutscher von demselben zur Erde stürzte. Hiedurch bekam der Wagen eine andere Richtung und war in Gefahr, von dem dort sehr hohen Damme hinunter in den Fluß zu stürzen, wodurch die darin befindlichen Personen sicher ihren Tod gefunden hätten. Der Knecht, die Leine der Pferde festhaltend, wurde in liegender Stellung von denselben an der Erde fortgeschleift, als der Seelootse Schmidt von Neufahrwasser, der, als tüchtiger Seemann bekannt, kaltblütig und beherzt einen kühnen Sprung aus dem Wagen machte, so glücklich war, die Pferde und den Wagen zum stehen zu bringen — grade in dem Augenblicke, als dem Knecht, schon von einem der Räder ergriffen, die Gefahr drohte, über den Hals übergefahren zu werden, und der Wagen am Rande des Dammes hinunterzustürzen drohte. Der Knecht wurde hiebei bedeutend verletzt, während die auf dem Wagen befindlichen Personen keinen Schaden erlitten und mit einem Schrecke davonkamen. — Nur der Beherztheit des Seelootsen Schmidt ist es zu verdanken, daß sämmtliche Personen vom Tode gerettet wurden, und verdient derselbe eine öffentlich ihm gebührende Anerkennung des Lobes für seine Auszeichnung um so mehr, da die Rettung mit eigener Lebensgefahr verbunden war.

Marienburg. Der gefährliche Räuber Pomet, der in unserer und der Elbinger Umgegend längere Zeit sein Wesen getrieben, ist in Alt-Landsberg ergriffen, und hat unser Polizei-Commissarius Smolinski bereits den Auftrag, persönlich denselben von dort einzuholen. Derselbe wird die Reise dahin schon in dieser Woche antreten.

Nekrolog.

Am 6. d. M. entschlief sanft in seinem 74. Lebensjahre der Oberlehrer a. D. Joh. Karl Brauser. Schulgenosse der Hrn. Dr. v. Duisburg, Dr. Hein u. A. auf dem hiesigen akademischen Gymnasium, verließ er dasselbe, um sich in Berlin der Malerkunst zu widmen, wurde jedoch durch eine Augenkrankheit daran gehindert. Aber reges Interesse für diese Kunst und ein nicht gewöhnliches Verständniß derselben haben ihn lebenslang beseelt, und von seiner Praxis darin zeugen Abbildungen seiner selbst, die er mittelst des Spiegels gemacht, und seiner Gattin. Sein Onkel war der letzte Prediger in Weichselmünde, und durch dessen Vermittlung wurde er nun Hauslehrer beim Landrath v. Selchow auf Ratkowitz bei Lauenburg, er ist mithin der Lehrer unseres jetzigen Ministers der landwirthschaftlichen Angelegenheiten, Herrn v. Selchow, gewesen. Das Hauslehrerleben vertauschte er mit der ersten evangelischen Lehrerstelle in Langefuhr, machte in Königsberg vor der Prüfungs-Kommission das wissenschaftliche Examen und erwarb damit das Prädikat Oberlehrer. Von 1832 bis 1862 war er zweiter Lehrer an der Katharinenschule. Der geistvolle Superintendent Dr. Linde rühmte seine Belesenheit und seinen philosophischen Geist. Sein Lieblingsdichter war Goethe, den er seinen Meister zu nennen pflegte. Als Schulmann war er ein ausgezeichneter alter Praktikus, originell und voll Humors. Wie er stets innerlich lebhaft bewegt wurde durch öffentliche Vorgänge, so drängte es ihn 1849 „Die Schule in der constitutionellen Monarchie“ herauszugeben. Und wenn er darin sagt: „Es sollten nur Diejenigen Lehrer werden, die für die Seligkeit, sich in ihren Mußestunden der Selbstbestimmung ihres Geistes überlassen zu dürfen, der Herrlichkeit der Welt entsagen, und mit dem bescheidenen Theil Speise, so ihnen zugemessen, gern vorlieb nehmend, eine Freude daran haben, sich, wenn auch nicht einen Stern am literärischen Himmel, doch im beschränkten Raume ein bescheidenes Lämpchen zu wissen;“ so hat er damit sich selber geschildert. Dieses Lämpchen ist nun erloschen zur tiefsten Betrübniß seiner Gattin und seiner beiden Söhne, denen allen Dreien die Pension, die er bezog, einige Jahre lang noch sehr nöthig gewesen wäre. Als er vor 4 Jahren von der Schule Abschied nahm, sagte er zu den Schülern in seiner originellen Weise u. A.: „Pflanzet keine Nesseln auf mein Grab, und wenn ihr welche darauf findet, so reißet sie aus!“ Darum sollen Kränze dankbaren Andenkens sein Grab schmücken, und die Schule, an der er zuletzt gearbeitet, wird ihm ein ehrendes Gedächtniß bewahren. Diese Zeilen aber möchten eine Immortelle auf seinem Grabe sein. —

Gerichtszeitung.

Criminal-Gericht zu Danzig.

[Mehrere Diebstähle.] 1) Während der Fuhrmann Korthals mit einem Wagen die Chaussee von Schönfeld nach Löblau befuhr, wurde er von den Gebr. August und Heinrich Schramm aus Löblau gebeten, sie auf seinem Wagen eine Strecke mitzunehmen. Dies that er und wies ihnen einen Platz in dem hintern Theile seines Wagens an, wo sich mehrere von ihm in Danzig eingekaufte Colonial- und andere Waaren befanden. Diese Gelegenheit benutzten die Fahrgäste zum Diebstahl. Sie warfen einen Hut Zucker vom Wagen herab in den Chausseegraben und banden mehrere Kleinigkeiten: 12 Schachteln Schwefelhölzer, Nägel, Drahtstifte, Kautabak und eine Bürste in einem Bündel zusammen und entfernten sich damit. Als Korthals seinen Verlust bemerkte, fiel der Verdacht sofort auf seine Fahrgäste, welche, zur Verantwortung gezogen, sofort den Diebstahl eingestanden. Auch gestern haben sie ihr Geständniß wiederholt. — Der Gerichtshof bestrafte den August Schramm mit 1 Monat Gefängniß und Ehrverlust, den Heinr. Schramm in Rücksicht auf seine Jugend mit 14 Tagen Gefängniß.

2) Am 9. November v. J. befand sich der Polizei-Sergeant Freiwald im Klatt'schen Restaurationslocale und bemerkte hier, daß der Arbeiter Karl Schulz aus Ohra ein Bierseidel unter seinem Rock verbarg und sich damit eiligst auf die Straße entfernte. Freiwald eilte ihm nach, und auf die Frage, was er mit dem Seidel wolle, welches er so eben aus dem Klatt'schen Lokal mitgenommen habe, meinte Schulz: er wolle daraus an einem Brunnen Wasser trinken. Der Gerichtshof bestrafte ihn mit einer Woche Gefängniß.

3) Der Arbeiter Friedrich Gudopp aus Weichselmünde hat im December v. J. von dem Mason'schen Holzfelde eine Quantität Holz entwendet, welches bei ihm später vorgefunden wurde. Gudopp erhielt dafür 1 Woche Gefängniß.

4) Der Bad-Besitzer Müller in Weichselmünde hatte die separirte Pauline Lewandowski zum Reinigen von Wäsche angenommen. Bei dieser Gelegenheit stahl sie zwei Handtücher, versetzte dieselben im Leihamte und verkaufte demnächst den Pfandschein. Sie ist geständig und erhielt 14 Tage Gefängniß.

5) Der Arbeiter Joh. Jac. Hohn aus Brentau war am 30. November auf dem Schiffe Norfolk mit Ausladen von Weizen beschäftigt, welcher den Kaufleuten Böhm u. Pomplitz gehörte und wurde bei der Ent-

wendung von 3 Metzen dieses Weizens ertappt. Er ist geständig und erhielt — im wiederholten Rückfalle — 6 Monate Gefängniß, Ehrverlust und Polizeiaufsicht.

6) Der Wittwensohn Gottl. Weiß aus Stutthof ist beschuldigt, aus der Steeger Forst $\frac{1}{12}$ Klafter Knüppel gestohlen zu haben. Auf die Frage, ob er sich schuldig bekenne, erklärt er: „der eigentliche Spitzbube bin ich nicht, das ist der N., welcher sich herausgelogen hat, ich habe nur geholfen stehlen." Er erhielt 14 Tage Gefängniß.

7) Die Knaben Rob. Szepanski, Aug. Szepanski, Jos. Peters u. Joh. Kochanowski haben im September v. J. zu wiederholten Malen aus einem verschlossenen Schuppen auf Bastion Bär verschiedene Quantitäten, dem Militair-Fiskus gehöriges Blei gestohlen, und zwar durch Einsteigen in den Schuppen. Derselbe ist nur niedrig. Rob. Szepanski stieg mit Hilfe des Kochanowski auf das Dach und ließ sich durch eine im Dach befindliche offene Luftlucke in den Schuppen hinein, durch welche er das Blei durchwarf. In dieser Weise haben sie zu verschiedenen Malen zusammen mehr als 100 Pfd. gestohlen und dasselbe demnächst an den Kaufmann Heinr. Goldschmidt und den Händler Eisen hieselbst verkauft. Die Diebe wurden ertappt, während sie bei einem neuen Diebstahl beschäftigt waren und nachdem sie wiederum bereits 100 Pfd. aus dem Schuppen herausgeschafft und im Strauchwerk versteckt hatten. Die Diebe sind geständig. Rob. Szepanski erhielt 3 Wochen, Kochanowski — im Rückfalle — 4 Wochen, die andern beiden je 14 Tage Gefängniß. Goldschmidt und Eisen sind der Hehlerei angeklagt. Gegen sie trat Vertagung ein.

[Körperverletzung.] Am 1. October v. J. befand sich der Fischhändler Joh. Sandt von hier in dem Mierau'schen Schanklokal auf dem Fischmarkt. Zwischen ihm und dem Fischer Struck entstand ein Wortstreit und demnächst eine Balgerei, weshalb beide auf die Straße geworfen wurden. Nach einer Weile erschien Struck wieder im Mierau'schen Local, er trug am Auge eine blutende Wunde und sagte, daß er von Struck durch einen Messerstich verletzt sei. Auch Sandt soll, nach der Behauptung der Anklage, zurückgekehrt sein und geäußert haben, daß er dem Struck „eins tüchtig mit dem Messer gegeben habe." Die Behauptung der Anklage konnte indessen nicht erwiesen werden. Da Struck und ein anderer Zeuge mittlerweile verstorben sind und Sandt selbst jenen Umstand bestritt, erfolgte seine Freisprechung.

[Versuchte Gefangenenbefreiung.] Am 17. Novbr. v. J. traf der Schutzmann Herrmann auf seiner Patrouille vor einem Hause in St. Albrecht, woselbst Hochzeit gefeiert wurde, den Arbeiter Erdmann Borchert und Johann Kornath, welche schimpften und Skandal verursachten. Er wies sie zur Ruhe. Kornath entfernte sich, während Borchert den Skandal fortsetzte und es versuchte, in das Hochzeitshaus zu dringen. Nunmehr arretirte Herrmann den Borchert, welcher dabei dem Erstern wiederholt an die Brust packte und stieß. Während Herrmann den Borchert als Arrestanten abführte, kam Kornath ihnen entgegen, sagte zu Borchert: „wo du bleibst, bleibe ich auch, und wenn es mein Blut kostet", erfaßte denselben und versuchte es, ihn mit Gewalt dem Herrmann zu entreißen. Dieser unzeitige Freundschaftsdienst hat dem Kornath 14 Tage Gefängniß eingebracht. Gegen Borchert konnte nicht verhandelt werden, da derselbe mittlerweile Soldat geworden ist.

Vermischtes.

— Ein Ballunternehmer in Wien verkauft seine Karten jetzt beispiellos stark, indem mit jeder ein Loos ausgegeben wird, und wer den Treffer hat, kann auf Kosten des Ballunternehmers zur Welt-Ausstellung nach Paris gehen.

— Einwohner der Stadt Philadelphia in Nordamerika haben sich für's nächste Frühjahr in England 100 Schock Sperlinge bestellt, die sie in den Gärten loslassen wollen, um die Raupenplage los zu werden.

— Von den Heiraths-Gebräuchen in Australien liefert das englische „Athenaeum" eine recht heitere Beschreibung. Danach ist die Heirath unter den Eingeborenen ein einfaches Handels-Geschäft: eine Frau kostet eine gewisse Anzahl von Känguruh- oder Beutelthierfellen; den Reichen ist Vielweiberei gestattet. Hat man aber keine solchen Felle, giebt es ein anderes sehr einfaches Mittel; man sucht Streit mit irgend einem Ehemann, man insultirt ihn, man kämpft, d. h. man prügelt sich mit ihm, und ist man der Stärkere, so gehört das Weib des Geprügelten dem Sieger. Etwas complicirter, wenn auch nicht gerade angenehmer, ist die Trau-Ceremonie auf Neu-Seeland. Das junge Mädchen wird von ihrem Vater selbst, der in der einen Hand eine Lanze, in der anderen eine Streitaxt hält, vor den Bräutigam geführt. Das arme Kind, Thränen im Auge, gebeugten Hauptes und schluchzend, macht einige Schwierigkeiten. Hierauf versetzt ihr gütiger Vater ihr einen Stockschlag auf den Kopf, das Mädchen schreit, die Mutter gleichfalls. Der Liebhaber will nun seine Braut mit Gewalt wegführen, sie widersteht und er wendet nun dasselbe Mittel an, wie ihr Vater. Dann erhebt sich oft ein mehr verabredeter und geordneter Streit zwischen den dem jungen Mädchen ergebenen Leuten und den Bewerbern um ihre Hand. Der Bräutigam geht seinen Rivalen entgegen und fordert sie heraus; es folgt ein hartnäckiger Kampf, bei dem zuweilen der Bräutigam von einem Lanzenstich getödtet wird; gewöhnlich aber interveniren die Greise, welche allein das Recht dazu haben. Während des Handgemenges eilt das junge Mädchen zu ihrer Mutter zurück; so wie aber der Kampf beendet ist, kehrt der Vater zurück, sucht sie, ergreift sie bei den Haaren und schleppt sie bis vor die Hütte des Mannes. Endlich, gezwungen von Mißhandlungen, ergiebt sich das arme Opfer in ihr Schicksal und wird dann eine vortreffliche Hausfrau oder vielmehr eine sehr unterwürfige Sclavin. — Die Eingeborenen werden bald in Australien ausgestorben sein, und unsere schönen Leserinnen werden, bei solchen Gebräuchen, dies schwerlich als ein großes Unglück beklagen.

[Eingesandt.]

Dem Herrn Dr. P. sehen wir uns veranlaßt, betreffend seine Zuschrift an die D. Z. „Auch ein Wort über Polen" zu erwidern, daß wir gerne glauben, daß ihm Familienverbindungen eine recht freundliche und warme Aufnahme in dem Nachbarlande verschaffen. Mit solchen Empfehlungen überschreitet aber nicht Jeder die russische Grenze und von diesen Empfehlungslosen wird nur das Verlangen an die Zoll- und Paßvisitations-Beamten gestellt, ihre gesetzlichen Vorschriften rechtlich zu handhaben und nicht zu chikaniren. Daß letztere Art der Behandlung wirklich der Mehrzahl der Reisenden excl. Herrn Dr. P. zu Theil geworden ist, kann der Herr Sanitätsrath, falls er die Zeitungs-Artikel hierüber für unglaubwürdig erachtet, aus dem Munde solcher Geschäftsreisenden erfahren, welchen nicht die Mittel zu Geschenken zu Gebot stehen. Wir werden uns bei der nächsten Geschäftsreise nach Polen jeden einzelnen Fall notiren, in welchem von russischen Beamten uns Ungehörigkeiten widerfahren sind und solche veröffentlichen, damit Herr Dr. P. Beweise zu Händen erhält.

Mehrere Geschäftsreisende.

Räthsel.

3 Sylben.

Die beiden ersten sind vor Allem zu beklagen,
Verschlossen ist für sie die Schönheit der Natur.
Wie schwer ist es, geduldig solch Geschick zu tragen,
Daheim zu bleiben, fern von Wiese, Wald und Flur!

Die dritte Sylbe ist für alle Menschen wichtig,
Sie sorgt für sie, wie eine Mutter für ihr Kind,
Und kehrt sie heim, so geht sie Wege richtig,
Nur Neues macht sie fast, wie jene ersten sind.

Das Ganze liebten wir einst alle mehr und minder,
Es wurde viel dabei geschäkert und gelacht,
Noch heute sehen wir es gern, wenn liebe Kinder
Den Scherz in diesem Spiel zur Meisterschaft gebracht.

L. B.

Meteorologische Beobachtungen.

7	4	328,01	3,4	WSW. stürmisch, bedeckt.
8	8	331,56	2,8	SW. mäßig, bedeckt.
	12	332,30	3,0	do. do. do.

Schiffs-Rapport aus Neufahrwasser.

Gesegelt am 7. Februar.

1 Schiff m. Getreide.

Nichts in Sicht. Wind: W.

Geschlossene Schiffs-Frachten vom 7. Februar.

Newcastle 10 s 6 d pr. Load fichten Holz; 15 s pr. Load eichen Holz. Littleferry 15 s pr. Load Schnitthölzer. Nantes $52\frac{1}{2}$ Frs. u. 15 % pr. Last Mauerlatten u. eichene Bretter. Bordeaux 45 Frs. u. 15 % pr. Last fichten Holz; $47\frac{1}{2}$ Frs. u. 15 % pr. Last eichen Holz. Calais 35 Frs. u. 15 % pr. Last fichten Holz.

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 8. Februar.

Weizen, 110 Last, 128pfd. fl. 580—615; 123.24pfd. fl. 550, 560, 580; 126.27pfd. blausp. fl. 550; 120pfd. fl. 515; 114pfd. fl. 470 pr. 85pfd.

Weiße Erbsen, fl. 348—390 pr. 90pfd.

Englisches Haus:

Die Kaufl. Eickmeyer a. Altwasser, Conrad aus Stettin, Schönfeld a. Greiz, Schlochauer a. Berlin, Lütgen a. Königsberg u. Jung a. Bielefeld.

Hotel de Berlin:

Die Kaufl. Gürgas a. Breslau, Römpler a. Erfurt, Gerkens a. Stettin, Eicke a. Königsberg, Seiler a. Barmen u. Morian a. Bremen.

Walter's Hotel:

Rittergutsbes. Fließbach a. Semlin. Die Kaufleute Meyer a. Mewe, Dietrich a. Stettin, Seckelsohn, Godau u. Fabrikant Michaelis a. Berlin. Maurermeister Kusel a. Thorn.

Schmelzer's Hotel zu den drei Mohren:

Rittergutsbes. Hering a. Mirchau. Die Rentiers Schall a. Berlin u. Zehde a. Königsberg. Die Kaufl. Wagner a. Berlin, Bendix a. Warschau, Hirschfeld aus Cöslin u. Otto a. Magdeburg.

Hotel du Nord:

Gutsbes. Schwemlin a. Liebenau. Mühlenbesitzer Claassen a. Elbing.

Hotel zum Kronprinzen:

Die Kaufl. Schlesinger u. Budwig a. Berlin, Hammer a. Bunzlau u. Müller a. Magdeburg. Gutsb. Zimmermann a. Gremblin.

Hotel de Thorn:

Prediger Friese a. Carthaus. Gutsbes. Möwius a. Ordruff. Die Kaufl. Hapke a. Lüneburg, Jäger aus Cassel, Jacobi a. Berlin u. Lösener a. Breslau. Die Gutsbes. Woroninski u. Rolbinski a. Polen, Albrand a. Pommern, Wilke a. Pogorsz u. Wendlandt a. Neustadt. Stadtkämmerer Minklei a. Neuteich. Die Kaufl. Leonhardt a. Düsseldorf u. Knaut a. Berlin.

Hotel d'Oliva:

Die Kaufleute Weinberger a. Berlin, Neumann a. Bromberg, Fabian a. Thorn u. Arthun a. Schweidnitz. Pfarrer Stengert a. Gilgenburg. Mühlenbes. Ullrich a. Thierbach.

Bekanntmachung.

Die Auszahlung der Servis-Vergütigung für die ständige Einquartierung in den Monaten **vom 1. April bis 1. October 1866,** sowie die Auszahlung der Vergütigung für die am Tage des Eintreffens vom Kriegsschauplatz der Truppen verabreichte Natural-Verpflegung findet

am Dienstag, den 19. dieses Monats, für die Eigenthümer der Altstadt,

am Donnerstag, den 21. dieses Monbts, für die Eigenthümer von Langgarten und Niederstadt,

am Freitag, den 22. dieses Monats, für die Eigenthümer der Vorstadt,

am Montag, den 4. März c., für die Eigenthümer der Außenwerke,

am Mittwoch, den 11. März c., für die Eigenthümer der Rechtstadt vom Kohlenmarkt bis incl. Hundegasse,

am Freitag, den 8. März c., für die Eigenthümer der Rechtstadt von der Gerbergasse bis incl. Breitegasse,

am Montag, den 11. März c., für die Eigenthümer der Rechtstadt von der Junkergasse bis zur Wallgasse

statt.

Danzig, den 6. Februar 1867.

Der Magistrat.

Servis- und Einquartierungs-Deputation.

Ziehung der König-Wilhelm-Lotterie betreffend.

Zur Erledigung der vielseitigen Anfragen, betreffs des Ziehungstermins der Gewinne der II. Serie des König-Wilhelm-Vereins bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die 100,000 Loose der II. Serie zwar nahezu gänzlich verkauft sind, daß aber die Gewinnziehung, weil die zu letzterer erforderlichen Apparate der Königlichen Klassen-Lotterie erst im Mai d. J. nach vollendeter 4ter Ziehung der laufenden Klassen-Lotterie verfügbar werden, bis dahin vertagt bleiben muß. Die Gewinnziehung wird demnach am 20., 21., 22. und 23. Mai d. J. stattfinden.

Berlin, den 30. Januar 1867.

Das Comité des König-Wilhelm-Vereins.

Der Vorsitzende	Der Schriftführer	Der Schatzmeister
v. Alvensleben,	R. Dohme,	L. Eichborn.
Gen. d. Kav. u. Komm.	Geh. Hofrath.	Lotterie-Ober-Einn.

Für die nothleidende Wittwe und die 4 kleinen Kinder des verunglückten Arbeiters Drabandt sind bei uns noch eingegangen: Von H. B. 10 Sgr.

Für die Drillinge auf Langgarten sind eingegangen: Von H. B. 10 Sgr.

Verantwortliche Redaction, Druck und Verlag von Edwin Groening in Danzig.